

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)62

21. November 2022

---

## **Stellungnahme Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt**

---

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Realisierungsvorschlag zur Errichtung eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und  
deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“  
BT-Drucksache 20/1845



Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt  
Professor für Holocaust-Studien  
und Jüdische Studien  
[stephan.lehnstaedt@touroberlin.de](mailto:stephan.lehnstaedt@touroberlin.de)

Berlin, den 19.11.2022

Deutscher Bundestag  
Ausschusses für Kultur und Medien

**Stellungnahme zum Realisierungsvorschlag eines Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) vom 5.4.2022**

**A) Wissenschaftliche Einordnung**

Mit dem vorliegenden Vorschlag tritt das DHM in eine substantielle Auseinandersetzung über ein zukünftiges Dokumentationszentrum zum deutsch besetzten Europa der Jahre 1939-1945 ein. Rein inhaltlich informieren die Seiten 7-35 über die geplante Ausrichtung, und Art und Umfang dieser Darstellung zeigen, dass viel Zeit in diese Überlegungen geflossen ist. Obwohl sie nicht mit Fußnoten und Verweisen versehen sind, ist der wissenschaftliche Anspruch offensichtlich.

Dabei aber zeigen sich vielfältige Schwachstellen, denn **der Vorschlag bleibt weit hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück** und ist aus fachwissenschaftlich historischer Perspektive lückenhaft. Er nimmt die äußerst umfassende internationale Forschungslandschaft zum besetzten Europa im Zweiten Weltkrieg nur höchst selektiv zur Kenntnis; er geht weniger von den tatsächlichen Ereignissen aus, als vielmehr vom Gedenken daran. Notwendig ist dafür aber keine eigene Forschung („Zentraler Auftrag des ZWBE ist die Erforschung der europäischen Geschichte der Jahre 1939 bis 1945 mit besonderem Schwerpunkt auf der

Geschichte der von Deutschland besetzten Länder“, S. 5) – die ohne breite akademische Kontextualisierung sowieso wenig zielführend wäre – sondern zuerst einmal deren vollumfängliche Rezeption. In weiten Teilen ist die Forschung nämlich vorhanden, mindestens in den nationalen Wissenschaftslandschaften, aber oft auch in Deutschland. Eine entsprechende Rezeption dieser Befunde würde unter anderem zeigen, dass z.B. ein eigenes Zeitzeugenarchiv nicht notwendig ist, weil die entsprechenden Sammlungen im Ausland bereits existieren und größtenteils online in Berlin zugänglich sind.

## B) Inhaltliche Leerstellen

Der Entwurf benennt neun thematische Hauptkapitel. Doch statt Spezifika von Besatzung und Besatzungsverbrechen herauszuarbeiten, **hat das Konzept vielfältige inhaltliche Leerstellen**, die in der historisch-politischen Bildung mündiger Staatsbürger thematisiert werden sollten. Als wesentliche Leerstellen, die zugleich als eine Art alternativer Aufbau verstanden werden könnten, lassen sich identifizieren:

1. **Krieg als Ausgangspunkt** und zentrale Voraussetzung für Besatzung, inklusive Kriegszielen.
2. Eine Darstellung der verschiedenen **Besatzungs- und Herrschaftsstrukturen**, die sich je nach Land unterschiedlich gestalteten, und wohinter sich ein ideologisches und pragmatisches Konzept verbarg. Der „Germanisierung“ des Ostens kommt hier zentrale Relevanz auch für die Gewalt zu.
3. Die Frage nach den **deutschen Besatzern und Besatzerinnen** und ihren Handlungen zwischen aktiver Täterschaft, Profit, passiver Zustimmung und passiver wie aktiver Ablehnung. Gerade das aber böte die Möglichkeit, nach Handlungsspielräumen von Millionen von Menschen zu fragen: etwa Eisenbahnern und Postlern, den Millionen von Soldaten der Wehrmacht und auch Zivilisten und Zivilistinnen – Sekretärinnen der SS, Krankenschwestern oder Kindergärtnerinnen bei der „Germanisierung“. Sie alle spielten tragende und unverzichtbare Rollen bei der Okkupation, die als gesamtgesellschaftliches Projekt zu verstehen ist. Eine Auseinandersetzung mit dieser Täterschaft erfolgt bislang viel zu wenig und ist nur zum kleinsten Teil Aufgabe der existierenden Gedenkstätten – aber Pflicht und Kür eines Besatzungsmuseums: Warum rettete

z.B. Feldweibel Anton Schmid in Wilna Juden (und bezahlte dafür mit seinem Leben), warum rettete Karl Laabs in Ostoberschlesien Juden und ließ sich schützend zur Luftwaffe einziehen, als ihm die Gestapo auf die Spur kam? Und warum verhielten sich 99,9 Prozent der Deutschen eben nicht so?

4. Dieser große Themenbereich ist untrennbar verbunden mit der **Alltags- und Sozialgeschichte** unter Besatzung (also auch der Besetzten in Interaktion mit den Besatzern jenseits der konkreten Verbrechen). Dazu gehören die ökonomischen Folgen nicht nur von Plünderung, sondern auch von Zerstörung, und dazu gehört auch die ganz wichtige Frage **geschlechtsabhängiger Erfahrungen** – von sexualisierter Gewalt über neue Erwerbstätigkeit bis hin zu Familienleben im Krieg.
5. Die sich aus der Okkupation ergebenden **neuen gesellschaftlichen Stratifikationen, innergesellschaftlichen Konflikte und interethnische Gewalt** der besetzten Gesellschaften. Hierzu gehören auch Fragen von **Kollaboration** (dieses problematische und politisch aufgeladene Wort findet sich im Konzept gar nicht, muss aber gerade deshalb erklärt werden) und Widerstand, die gerade im Vergleich mit dem Verhalten der BesatzerInnen quantitativ wie qualitativ thematisiert werden sollten. Dieses Thema lässt sich nicht auf „Angebote und Zwang zur Zusammenarbeit“ reduzieren, wenn man beispielsweise an Ungarn oder Italien als Verbündete und Täter in der Sowjetunion denkt. Diese Aspekte sollten nicht mit dem ja immer nur befürchteten Vorwurf präventiv ausgeklammert werden, das Dokumentationszentrum könne damit deutsche Verbrechen relativieren. Ganz im Gegenteil braucht es eine erklärende Einordnung, auch und gerade deshalb, weil in Deutschland teils stark übertriebene Vorstellungen über das Ausmaß dieser Zusammenarbeit existieren.
6. Der Blick auf **Opfergruppen, die bislang in der deutschen Gedenklandschaft nicht repräsentiert sind**. Selbstverständlich muss ein Besetzungsmuseum – wie hier bereits angedacht – Zwangsarbeit thematisieren und auch die Opfer der Shoah müssen ausführlich benannt werden. Darüber hinaus aber erstaunen die Lücken, die ja gerade Ausgangsüberlegung für ein Dokumentationszentrum Besatzung waren: das ist zuvorderst die „sonstige“, „normale“ Zivilbevölkerung des besetzten Europas, also Gewalt gegen nationale Gruppen wie etwa Polen,

Griechen, Serben, Belarussen, Russen, Ukrainer usw. usw., die mit Millionen von Toten in Summe die meisten Opfer zu beklagen hatten. Diese gigantischen Massenmorde wären als unterschiedlichste Formen von Gewalt (Rassenkrieg, Hunger, „Bandenkampf“, Deportationen, Morde an intellektuellen, politischen und religiösen Eliten usw.) zu fassen. Aber auch kriegsgefangene Soldaten als deutsche Opfer (alleine über 3 Millionen Rotarmisten starben in dt. Gefangenschaft) kommen hier nicht vor. Angesichts dieser Zahlen ist die Priorisierung der in hunderttausenden Zählenden Opfer von Patientenmorden und Porajmos – was beides ohne Frage thematisiert werden sollte – unverständlich.

### **C) Einordnung innerhalb der Gedenklandschaft**

Anstatt einer entweder konsequent europäischen oder aber einer nationalen Spezifika und Empfindlichkeiten Rechnungen tragenden Perspektive werden die Opfer aus einer spezifisch deutschen Täterlogik heraus betrachtet. Allerdings stellt dies in wesentlichen Teilen nur eine Doppelung bereits bestehender Gedenkstätten bzw. von deren Inhalten dar. Zu nennen sind hier: Zwangsarbeit, Holocaust, Sinti und Roma, Patientenmorde, Lager – womit mehr als die Hälfte der Hauptkapitel bereits anderswo eigenständig thematisiert und in Ausstellungen und Pädagogik behandelt werden (für Zwangsarbeit gibt es das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide; Patientenmorde sind Gegenstand des von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden betreuten „Euthanasie“-Informationsorts in der Berliner Tiergartenstraße; dem Holocaust sind neben dieser Stiftung, die auch zum Gedenkort für die ermordeten Sinti und Roma entsprechende Bildungsangebote macht, alleine in Berlin etwa die Topographie des Terrors oder das Haus der Wannsee-Konferenz gewidmet).

All dies läuft auf eine „Konkurrenzveranstaltung“ hinaus, die gedenkpolitisch nicht empfehlenswert ist: Anstatt eine Ergänzung und Erweiterung der Gedenkstättenlandschaft zu bieten, wird gewissermaßen eine Kannibalisierung stattfinden, die schon aufgrund der angestrebten Ausstellungsfläche fatal ist. Die auf zivilgesellschaftliche Initiative zurückgehenden – und von der Zivilgesellschaft wesentlich getragenen – Gedenkstätten würden dann vom nationalen deutschen Geschichtsmuseum marginalisiert. Betreffen wird

das zu einem geringeren Teil die Besucherzahlen, und zu größeren Teilen Haushalts- und Drittmittel.

So führt das Konzept zu einer **Doppelung mit Berliner Gedenkstätten und letztlich zu einer Gedenk- und Informationskonkurrenz in Deutschland**. Es ist bezeichnend, dass Kooperationen mit Gedenkstätten anscheinend keine Priorität auf der Agenda haben – und diese auch nicht zur Kenntnis genommen wurden. Das gilt leider auch für die europäische Museums- und Gedenkstättenlandschaft, die das DHM anscheinend nicht ausreichend kennt, weshalb es etwa behauptet „eine in Deutschland und Europa einmalige Perspektive ein[zunehmen]. Sie erfasst erstmals das besetzte Europa in seiner ganzen geographischen Breite und historischen Unterschiedlichkeit.“ Offensichtlich ist das aufsehenerregende Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs mit immerhin rund 4500m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche, das genau diese Breite liefert – freilich nicht mit dem Hintergrund deutscher Täterschaft und historischer Verantwortung – unbekannt.

#### **D) Empfehlungen**

Der Verfasser dieser Stellungnahme war in die Planungen des DHM nicht involviert. Anhand der öffentlich verfügbaren Informationen lassen sich aber Ursachen für die genannten Probleme identifizieren und damit auch einige strukturelle Lösungsvorschläge machen.

1. **Inhaltlich** sollten das Dokumentationszentrum darauf abzielen, Lücken im öffentlichen Wissen und Gedenken zu schließen, also einen Neuigkeits- und Mehrwert zu bieten; Überschneidungen mit existierenden Gedenkstätten sind unvermeidbar und auch nicht per se problematisch, aber eine Schwerpunktsetzung im Bereich bereits existierender Gedenkstätten ist zu vermeiden. Deshalb müssen neben dem Krieg und den strukturellen und ideologischen Vorbedingungen für Besatzung im Osten und Westen insbesondere die Alltags- und Gesellschaftsgeschichte von BesatzerInnen und Besetzten erzählt werden. Die Erfahrungsgeschichte von Besatzung könnte gleichsam Leitfrage und Leitmotiv einer solchen Ausstellung sein, anhand derer dann verschiedene große Themenkomplexe europäisch (exemplarisch) vergleichend abgehandelt werden – etwa: Wirtschaftliche Folgen (Zerstörung, Raub, Zwangsarbeit, Rüstung vor Ort, Hunger); Tod und Gewalt (Gewalt gegen Frauen, das Sterben von Soldaten als

Familienvätern, die Ermordung von Angehörigen, die Vernichtung der Juden inkl. Hilfe und Denunziation, interethnische Gewalt); neue Gesellschaften (Kollaboration & Widerstand; Germanisierung; Frauen und die Abwesenheit von Männern, Überleben unter Besatzung, Interaktion zwischen Besatzern und Besetzten) usw.

2. Dem DHM fehlt **institutionelle Kompetenz** zur nicht-deutschen Geschichte, die naturgemäß nicht zu seinen Aufgaben gehört. Gleichzeitig ist es keine Gedenkstätte, so dass auch in dieser Hinsicht Anforderungen erwachsen, die nicht zur Kernkompetenz gehören. Notwendig ist daher eine institutionelle und personelle Vernetzung innerhalb der deutschen und v.a. europäischen Gedenkkultur.
3. Hierfür bedarf es einer anderen **Organisations- und Rechtsform** als lediglich der einer unselbständigen Stiftung unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum. Gerade weil es sich um ein Dokumentationszentrum mit internationaler Ausstrahlung und außenpolitischer Wirkung handeln soll, muss hier eine selbständige Stiftungsform gewählt werden, die eine möglichst enge Anbindung an die international ausgerichtete deutsche Gedenkstättenlandschaft ermöglicht. Schon rein symbolisch ist es ein fatales außenpolitisches Signal, Besatzung innerhalb des nationalen Geschichtsmuseums zu organisieren.
4. Notwendig ist ein **Personal** – insbesondere in Leitungsfunktionen – das durch einschlägige wissenschaftliche Studien zu Besatzung ausgewiesen ist und sich möglichst durch mehrjährige Forschungserfahrungen im damals besetzten Ausland auszeichnet. Das gilt mithin auch für die noch folgende kuratorische Arbeit, wo unbedingt auf internationale Erfahrungen Wert gelegt werden sollte.
5. Das DHM hat sich für die Ausarbeitung des Konzepts daher zweier von ihm berufenen **Beiräte** bedient, die als „Gedenkstättenbeirat“ und „akademischer Beirat“ zu charakterisieren sind – in erstem sitzen LeiterInnen deutscher Gedenkstätten, in letzterem vorwiegend ausländische WissenschaftlerInnen akademischer Institutionen. Ganz offensichtlich handelt es sich dabei um hervorragende Persönlichkeiten mit einem bemerkenswerten wissenschaftlichen Oeuvre. Freilich ist dies in fast allen Fällen nicht der NS-Besatzung gewidmet. Das ist bei deutschen Mitgliedern des Gedenkstätten-Beirats natürlich nicht zu erwarten; aber die Leerstelle wird umso deutlicher beim Blick auf den akademischen Beirat, wo beinahe alle Mitglieder ausgewiesene ExpertInnen für die Nachgeschichte der Besatzung sind

– sich also z.B. mit Museen oder Gedenkkultur befassen und dazu publizieren, aber eben nicht zur sog. Realgeschichte der Besatzung zwischen 1939-1945. So wird das Pferd von hinten aufgezäumt, indem ein Museum über die Erinnerung an den Krieg konzipiert wird, aber nicht ein Dokumentationszentrum von der Ereignisgeschichte her.

Die grundsätzliche Idee zweiter Beiräte ist sehr zu begrüßen, und am Gedenkstättenbeirat ist unbedingt festzuhalten. Die akademischen Beiräte sollten aber nicht durch den Direktor des DHM berufen werden, sondern beispielsweise durch den Gedenkstättenbeirat, weil dessen Mitglieder durch die internationale Vernetzung ihrer Gedenkstätten beste Kontakte haben und realgeschichtlich ausgewiesene WissenschaftlerInnen empfehlen können. Förderhin könnten die Empfehlungen für eine Mitgliedschaft jeweils vice versa gemacht werden um etwa den Gedenkstättenbeirat auch um internationale Mitglieder zu erweitern.

6. Inhaltlich ist unbedingt auf eine **Ergänzung und Erweiterung der bisherigen Gedenkstättenlandschaft** zu achten und eine Doppelung zu vermeiden. Ziel darf nicht museale Selbstzufriedenheit und Selbstbeschau sein, sondern die Unbequemheit eines Dokumentationszentrums, das gesellschaftlich relevante Fragen aufwirft und diskutiert (ohne sich zum Lehrmeister Europas aufzuschwingen).
7. Insbesondere im Sinne einer internationalen Wirkung (und Akzeptanz) sind **nicht-deutsche nationale Museen und auch nationale Perspektiven einzubeziehen** – was natürlich nicht heißt, sich diese zu Eigen zu machen. Partnerschaft auf Augenhöhe heißt aber doch, auch ungeliebte Perspektiven verstehen zu wollen. Das gilt ungeachtet der Tatsache, dass dieses Dokumentationszentrum in Berlin und als deutsche Institution entsteht – aber Erwartungshaltungen des europäischen Auslands sind dennoch damit verknüpft; hier muss eine Brüskierung unbedingt vermieden werden. Doch wenn sich das Konzept jeglichen Formen nationalen Opfergedenkens verweigert, wird es von den europäischen Nachbarländern nicht akzeptiert werden.
8. Die Idee von **Forschung und Archiv an einem Museum ist abzulehnen**. Selbstverständlich muss es dort eine umfangreiche Bibliothek für die MitarbeiterInnen geben (die der Öffentlichkeit zu öffnen ist), und selbstverständlich muss dort eine wissenschaftliche Abteilung entsprechende Expertise pflegen um –



für den eigenen Bedarf – in der Lage zu sein, Forschungs- oder Perzeptionslücken zu schließen. Aber ein Museum ist kein „Institute for Advanced Studies“, hierfür gibt es in Berlin und deutschlandweit genügend wesentlich besser geeignete und qualifizierte Einrichtungen und tatsächlich auch umfassende bibliothekarische und archivalische Sammlungen. Das gilt auch für das geplante „Forum Europäische Erinnerung“, das lediglich in Konkurrenz zum bereits bestehenden (und maßgeblich von Deutschland finanzierten) „Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ treten würde.